

# Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

NEUNZEHNTE JAHR  
AUGUST 1968

8

HANS HENRICH

## Das wirtschaftliche Handicap der neuen Ostpolitik

Die Demokratisierungs- und Humanisierungstendenzen im Ostblock haben nicht nur aber vorwiegend ökonomische Ursachen. Allzu schwer hat die harte Hand der Parteibürokraten auf dem kommunistischen Wirtschaftsmechanismus gelastet und Reformen sogar dann noch, als sie bereits offiziell anerkannt waren, sabotiert. Zuerst in Jugoslawien hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Partei nur noch führen, nicht aber in alles und jedes hineinreden solle. Der gleiche Satz gilt heute in der CSSR.

### *Überzeugungsarbeit statt Gewalt*

Das am 5. April 1968 auf einer Plenartagung des Zentralkomitees angenommene neue Aktionsprogramm der KPC bezeichnet es als eine falsche These, daß die Partei das Instrument der Diktatur des Proletariats sei. Der Demokratisierungsprozeß soll — laut Aktionsprogramm — die Partei „aus der Isolierung und der Krise herausführen“, sozialistische Initiative hervorrufen, Wege und reale Möglichkeiten der kommunistischen Perspektive zeigen und durch systematische Überzeugungsarbeit und persönliches Beispiel alle Arbeitenden für sich gewinnen (womit zugegeben wird, daß sie dies bisher nicht waren). Daher die Dezentralisierung, wie sie in Jugoslawien mit der Arbeiterselbstverwaltung begann, die Zuerkennung größerer Initiative, aber auch größerer Verantwortung an die Betriebsleitungen und schließlich überall, nicht nur in Jugoslawien und der CSSR, sondern auch in Ungarn, Rumänien usw. der Ruf nach einer stärkeren Stellung des Parlaments als einer Institution vorwiegend von Fachleuten. Mehr Initiative, Eigenverantwortung, Sachverstand am Arbeitsplatz bedeutet aber auch mehr Freiheit, mehr Furchtlosigkeit, sich gegenüber der Bürokratie durchzusetzen, mehr Freiheit schließlich auch außerhalb des Betriebes, denn freieres Denken kann nicht auf die Arbeit beschränkt und beim Verlassen des Arbeitsplatzes in der Werksgarderobe abgegeben werden.

Wenn die Partei ihre geistig führende Rolle behalten will, muß sie dem Staatsbürger Konzessionen machen, darf ihn nicht allzusehr beengen. Aus dem intransigenten Wort des Kriegs- und Nachkriegskommunismus „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ ist längst ein „Wer nicht gegen uns ist, ist für uns“ geworden, und es ist nicht von ungefähr, daß ausgerechnet *János Kadar*, dem das schwere Amt der Liquidierung des 1956er Aufstandes in Ungarn zufiel, diese elastische Formel fand (und praktizierte). „Wir müssen bewirken, daß künftig kein Bürger dieses Landes ... Angst hat, er könnte

HANS HENRICH

von der Arbeit nicht mehr nach Hause zurückkehren", sagte kürzlich Rumäniens Partei- und Staatschef *Nicolae Ceausescu* vor dem Bukarester Parteiaktiv, denn — so führen wir seinen Gedanken weiter — wer diese Angst haben muß, arbeitet nicht gut. Daher das Bestreben, mehr Rechtsstaatlichkeit zu schaffen und das in der Vergangenheit schwer gekränkte Rechtsbewußtsein der Bevölkerung durch Rehabilitierungsverfahren (CSSR, Rumänien) mit dem kommunistischen Regime zu versöhnen.

#### *Nationalismus als ökonomisches Selbstbewußtsein*

Eine der interessantesten Erscheinungen im Leben der kommunistischen Staaten Südosteuropas ist das Auftreten eines Nationalismus, der zunächst ganz unzeitgemäß erscheint. Er ist, so merkwürdig das klingen mag, das Produkt der Einführung des Kommunismus bzw. seines sowjetischen Modells, das allzu wenig Rücksicht auf nationale Eigenarten, spezifische Strukturen und wirtschaftlichen Entwicklungsstand der einzelnen Länder nahm. Das hat sich am empfindlichsten in einem Land wie der Tschechoslowakei ausgewirkt, das 1948 einen durchaus beachtlichen industriellen Stand aufzuweisen hatte, am wenigsten bei Ländern wie Rumänien und Bulgarien, deren vorwiegend agrarische Struktur derjenigen des früheren Rußland in etwa entsprach. Wenn der Nationalismus aber gerade in Rumänien — und dort mit einer deutlichen Spitze gegen die Sowjetunion — besondere Blüten trieb, so hat das ebenfalls vorwiegend wirtschaftliche Gründe: Die Rumänen wehrten sich dagegen, mit ihren reichen Bodenschätzen in der Arbeitsteilung der osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft COMECON fast ausschließlich die Rolle des Rohstofflieferanten zu spielen. Das Beispiel nationaler Selbständigkeit Rumäniens hat gerade innerhalb des COMECON beträchtlich Schule gemacht, so daß es mit der osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft heute wesentlich schlechter bestellt ist als mit der auch nicht gerade immer reibungslos funktionierenden westeuropäischen, die sich reichlich anspruchsvoll die Europäische nennt. Die Tatsache, daß die kommunistischen Länder, trotz aller Irrwege, die sie gegangen sind, beträchtliche Fortschritte in der Industrialisierung gemacht haben, hat ihren nationalen Stolz und ihr Selbstbewußtsein nur erhöht.

#### *Investitionsgüter aus dem Westen*

Man sollte auf der anderen Seite die Bedeutung des COMECON trotz allem nicht unterschätzen; etwa zwei Drittel des Außenhandelsvolumens der südosteuropäischen Staaten werden im COMECON-Bereich abgewickelt. Aber das restliche Drittel, der Handel mit dem „kapitalistischen Westen“, ist wichtiger, als der zahlenmäßige Anteil zunächst vermuten läßt. Denn hierbei geht es vorwiegend um die Versorgung der kommunistischen Staaten mit Investitionsgütern. Und hier gibt es kaum ein Ausweichen; weder die Sowjetunion noch die mittleren und kleineren kommunistischen Staaten können sich gegenseitig helfen. Betroffen sind davon nicht nur die im vollen industriellen Aufbau befindlichen Länder wie Ungarn, Rumänien oder Bulgarien, sondern auch die CSSR, deren industrielle Ausrüstung, vom 2. Weltkrieg weitgehend verschont, heute total veraltet ist. Für 1968 z. B. schätzt die tschechoslowakische Regierung die notwendigen Totalinvestitionen in der Volkswirtschaft auf 70 Md. Kronen (rd. 40 Md. DM), wovon über 14 Md. Kronen (rd. 8 Md. DM) auf die Industrie entfallen. Während z. B. die CSSR bei den übrigen kommunistischen Ländern Ende 1967 ein Guthaben von 1800 Mill. Kronen (rd. 1 Md. DM) hatte, schätzte die Agrarzeitung *Zemedelsky Noviny* kürzlich die Verschuldung des Landes gegenüber den Ländern mit harter Währung auf ungefähr 1600 Mill. DM.

*Wachsende Verschuldung in harter Währung*

Hinsichtlich der Bezahlung ihrer Schulden und ihrer Importe aus dem Westen geraten die kommunistischen Staaten in immer größere Schwierigkeiten. Im Jahre 1967 sind die Lieferungen der Bundesrepublik in die kommunistischen Staaten um nicht weniger als 32,2 Prozent auf 4,4 Md. DM angewachsen, während die Einfuhren aus diesen Ländern nicht nur nicht angestiegen, sondern um 4,3 Prozent auf rd. 3 Md. DM zurückgegangen sind. Der Aktivsaldo der Bundesrepublik aus ihrem Warenverkehr mit den sozialistischen Staaten hat sich von 159 Mill. DM im Jahre 1966 auf nicht weniger als 1362 Mill. DM im Jahre 1967 erhöhet, also fast verneunfacht. Die Hauptschuld daran trägt der Gemeinsame Agrarmarkt der EWG mit seinen hohen Abschopfungsbetragen und seiner Diskriminierung der Oststaaten. Es ist nun einmal so, daß trotz einer gewissen Industrialisierung z. B. Ungarn immer noch zu 59 Prozent, Bulgarien sogar zu 62 Prozent ihre Importe mit Agrarerzeugnissen bezahlen. Durch die hohen Abschopfungsbetrage der EWG haben diese Länder mit einem Schlag ihre Wettbewerbsfähigkeit für einige ihrer beliebtesten Produkte verloren, so für Butter, Käse, Eier, Hähnchen usw. Das macht allein für den Posten Eier bei Bulgarien etwa 20, bei Ungarn rd. 6 Mill. DM jährlich aus, während der Wert der nach der Bundesrepublik gelieferten ungarischen Schlachtrinder von 59,1 Mill. DM im Jahre 1965 auf 18,5 Mill. DM 1967 zurückging und der Posten „Schlachtschweine“ (10,1 Mill. DM) für den ungarischen Export nach Westdeutschland inzwischen gänzlich weggefallen ist. Auch die Tschechoslowakei konnte 1967 keine Eier mehr in die Bundesrepublik liefern, obwohl im Handelsvertrag 6000 t vorgesehen sind. Nun mag dieser Posten für die Tschechoslowakei noch am leichtesten zu verschmerzen sein, deren Agrarprodukte nur etwa 15 Prozent ihres Gesamtexports in die Bundesrepublik ausmachen.

*Diskriminierung des Ostexports*

Die Bulgaren aber, deren Export nach der Bundesrepublik zu 65 Prozent aus Agrarerzeugnissen besteht, und ebenso die Rumänen werden ganz besonders hart dadurch getroffen, daß sie bestimmte Erzeugnisse wie Tomaten, Weintrauben, Pflirsiche und Aprikosen nicht unter einem bestimmten Preisniveau anbieten dürfen — eine Beschränkung, die für Länder wie Frankreich, Italien oder Holland nicht gilt. Andererseits haben die Oststaaten für Obstkonserven nicht nur einen 25 bis 30 Prozent ausmachenden Zoll zu bezahlen, sondern sie müssen diese, da sie neuerdings auch unter die Zuckerordnung der EWG fallen, noch einmal um 5 bis 8 Pfennig je Dose im Preis herabsetzen. Aus den gleichen Gründen ist für diese Länder die Einfuhr von Konfitüren, für die sie früher in der Bundesrepublik etwa 60 Pfennig je Glas erzielten, unrentabel geworden; sie können heute nur noch 28 bis 30 Pfennig dafür erlösen.

Hinzu kommt, daß alle, auch die industriellen Einfuhren aus den Ostblockländern, besonderer Genehmigungen bedürfen, was von diesen Ländern ebenfalls als diskriminierend empfunden wird. Vielfach werden die Lizenzen für Erzeugnisse, die an das Saisongeschäft gebunden sind, von Bonn so spät erteilt, daß sich dann keine Verkäufe mehr abschließen lassen.

Man sollte die immer wiederkehrenden Erklärungen von östlicher Seite, daß es so nicht weitergehen könne und daß der Außenhandel keine Einbahnstraße sei, nicht auf die leichte Schulter nehmen. Man soll es auch nicht als selbstverständlich nehmen, daß der gesteigerte Export des vergangenen Jahres nach den osteuropäischen Ländern der in die Rezession geratenen Wirtschaft der Bundesrepublik einen spürbaren Auftrieb gegeben hat. Die deutschen Erzeuger und Exporteure könnten sonst die Leidtragenden einer Nichtanerkennung dieser Tatsachen werden; schon jetzt macht sich jedenfalls unter ihnen Unruhe bemerkbar.

*Gefahren für unseren Industriegüterexport*

So haben die Bulgaren unter dem Eindruck ihres ständig wachsenden Handelspassivums mit der Bundesrepublik ihre Einkäufe bei uns von 1966 auf 1967 nach ihren eigenen Angaben um über die Hälfte drosseln müssen. Aber selbst dort, wo dies noch nicht geschehen ist, zeichnet sich der Zwang zu ähnlichen Maßnahmen ab. Oder kann man bei uns im Ernst glauben, eine Entwicklung wie etwa der über 10 Prozent ausmachende Rückgang der jugoslawischen Ausfuhr nach der Bundesrepublik, verbunden mit einer Zunahme des jugoslawischen Imports westdeutscher Waren um 54 Prozent von 1966 auf 1967 zwingt dieses Land nicht zu Gegenmaßnahmen? Mit Recht hat kürzlich der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete und Obmann der Arbeitsgruppe Wirtschaft in seiner Fraktion, *Karl Ravens*, vor der Jahresversammlung des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels erklärt: „Wir können nicht bei den Agrargütern Autarkie und Protektionismus anstreben wollen und gleichzeitig im Interesse des Wachstums unserer Wirtschaft und der Weltwirtschaft den Außenhandel beleben.“

*Die politischen Auswirkungen eines Kleinsteuropa*

Aber hier geht es nicht einmal nur um den Außenhandel, so wichtig er auch sein mag. In dem Bericht des Ausschusses für Außenwirtschaftsbeziehungen des Europäischen Parlaments vom 6. März dieses Jahres wird der Gedanke ausgeführt, daß eine aktive Osthandelspolitik der Gemeinschaft eine Modernisierung der osteuropäischen Lenkungssysteme fördern und damit den im Rahmen der Entspannungspolitik unverzichtbaren Effekt einer Verringerung der Trennungselemente zwischen beiden Teilen Europas bewirken könnte. Ähnliche Gedanken finden sich auch in dem Jahresbericht des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels. Mit dem am 1. Juli in Kraft getretenen Zollabbau innerhalb der Gemeinschaft entsteht für diese die Aufgabe, eine gemeinsame, nicht protektionistische Osthandelspolitik zu entwerfen und durchzuführen, und die Bundesrepublik sollte, um ihre neue Ostpolitik glaubhaft zu machen, in dieser Beziehung führend wirken. Im Augenblick ist es aber leider noch so, daß selbst ein der EWG nichtangehöriger *westlicher* Staat wie Dänemark kürzlich durch den Mund seines Ministerpräsidenten *Hilmar Baunsgaard* in Bonn erklären mußte, das dänische Handelsdefizit mit der Bundesrepublik sei „auf die Dauer unhaltbar“.

Die Wirtschaftsgemeinschaft hat sich seinerzeit den stolzen Namen einer „Europäischen“ beigelegt. Zu Europa gehören aber auch Großbritannien, die skandinavischen Länder und nicht zuletzt die ost- und südosteuropäischen Staaten. Die Massen Europas, die Arbeit, Frieden und Wohlstand ersehnen, meinen, wenn sie von einem geeinten Europa sprechen, nicht ein westliches Kleinsteuropa, das das Nationalstaats- und Schutzzolldenken für die EWG fortsetzt und die Ostländer in die Isolierung und hinter den weltpolitisch so gefährlichen Eisernen Vorhang zurücktreibt, von dem sie sich, dank besserer wirtschaftlicher Einsicht und u. a. auch dank dem Tourismus, zu befreien gerade im Begriff sind.

*Regionale Kooperation auch mit Südosteuropa*

Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Österreichs, Dr. *Bruno Kreisky*, einer der gescheiterten Außenminister, die das Europa der letzten 20 Jahre aufzuweisen hatte, hat kürzlich vor den Teilnehmern eines Seminars im „Europahaus Wien“ ausgeführt, die gegenwärtige Stagnation der europäischen Integration könne am ehesten dadurch überwunden werden, daß man sich um regionale Zusammenarbeit bemühe. Für Österreich böten sich dafür zunächst Italien, die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland an.

Ausgeschöpft werden könnten die Möglichkeiten dieser regionalen Kooperation aber erst dann, wenn auch die CSSR, Ungarn und Jugoslawien daran mitwirkten. Kreisky wies aber auch darauf hin, daß es hier nicht mit schönen Deklamationen getan ist, sondern daß es jetzt darum geht, die Entwicklung von der Koexistenz zur Kooperation an Hand konkreter Probleme einzuleiten. Als ein solches nannte er für Österreich in erster Linie die Entwicklung des Donauverkehrs, fügte zugleich aber auch hinzu, das gelte auch für andere Anrainerstaaten und über den Donaauraum hinaus auch für die Rhein-Länder, die über den Rhein-Main-Donau-Kanal ebenfalls Anschluß an diese Wasserstraße finden werden.

In kommunistischen Ländern wie der CSSR und Jugoslawien, aber auch in Ungarn und Rumänien ist das Verständnis für diese verkehrspolitisch-wirtschaftlich-politischen Zusammenhänge durchaus vorhanden. In Ungarn ist der Gedanke einer wirtschaftlichen Donauföderation in den letzten Jahren von maßgebenden Politikern und in der Presse immer wieder aufgeworfen und diskutiert worden. Tschechoslowakische, polnische und österreichische Sachverständige haben sich vor einigen Monaten in Wien getroffen, um konkrete Fragen eines den Rhein-Main-Donau-Kanal ergänzenden Donau-Oder-Elbe-Kanalsystems zu besprechen. In der Bundesrepublik wird zwar weiter an der Vervollständigung des Rhein-Main-Donau-Kanalsystems gebaut. Man hat aber leider nicht den Eindruck, daß bei uns Überlegungen und Planungen über die *politischen* Auswirkungen angestellt werden, die ein solches Wasserstraßensystem haben muß, das für Schiffe bis zu 3000 t einen direkten Weg vom Schwarzen Meer zur Nord- und Ostsee schafft.

*Beizeiten mit Planung beginnen!*

Nun mag noch einiges Wasser die Donau und die übrigen Flüsse hinunterströmen, bis das im Bau befindliche und das in Aussicht genommene Kanalsystem geschaffen sind. Für den Rhein-Main-Donau-Kanal rechnet man mit 1981; der Donau-Oder-Elbe-Kanal könnte nicht vor 1985 fertig sein. Aber wie schnell sind 10 oder 20 Jahre vergangen! Mit der Planung und Vorbereitung, der Schaffung der wirtschaftlichen und politisch-klimatischen Voraussetzungen kann man nicht früh genug beginnen.

Natürlich hängt nicht alles vom Gemeinsamen Agrarmarkt und seinen Überspitzungen ab. Sicher können auf die Dauer die südosteuropäischen Länder die hochwertigen Industrieinvestitionen, die sie benötigen, ohnehin nicht allein mit Agrarerzeugnissen bezahlen, so wichtig auch ein gerechter Ausgleich auf diesem Gebiet ist. Entscheidend wird man ihnen (und damit der dortigen Liberalisierungspolitik) nur helfen können, wenn die westlichen Staaten, vor allem die dazu in erster Linie befähigte Bundesrepublik, ihnen die Möglichkeit zu industrieller Kooperation gibt — einer Kooperation, die von der Produktion bestimmter Einzelteile für deutsche Unternehmen über die Lohnfertigung verschiedener Erzeugnisse bis zur Kapitalbeteiligung an Ostblockfirmen reicht, wie sie beispielsweise bereits amerikanische Unternehmen im Hotelbau Südosteuropas praktizieren und wie sie besonders Jugoslawien durch eine Änderung seiner Investitionsgesetze ermöglicht hat (Beteiligung ausländischen Kapitals bis zu 49 Prozent). Auch das gemeinsame Auftreten auf Drittmärkten ist hier zu erwähnen — alles Möglichkeiten, die für den im Ostgeschäft tätigen westlichen Fabrikanten und Exporteur heute weniger utopisch sind als für den Laien.

*Es liegt an der Politik . . .*

Die Bereitschaft der deutschen Wirtschaft kann im großen und ganzen als gegeben angesehen werden. Aber es liegt an der Politik — einer wirklich neuen und effektiven Bonner Ostpolitik —, die handelspolitischen Voraussetzungen für diese wirtschaftliche

HANS HENRICH

Betätigung zu schaffen. Erkennt unsere politische Führung diese Chance nicht oder nimmt sie sie nicht wahr, so wird der Osthandel sich nach anderen westlichen Ländern verlagern oder aber, wenn von dort ebenso wenig Verständnis für seine nicht nur wirtschaftliche, sondern vor allem politische Bedeutung aufgebracht wird, werden die Länder des Ostblocks in Zukunft ihre Kräfte in verstärktem Maße und mit größeren Opfern auf einen Ausbau des Handels innerhalb des COMECON konzentrieren — mit allen Folgen, die sich daraus für ihre politische Isolierung und eine neue Feindhaltung gegenüber dem Westen ergeben.

Umgekehrt würde die Schaffung eines wahrhaft europäischen, d. h. gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes die so heiß umstrittene, jedweden Katastrophensprengstoff enthaltende Frage der innereuropäischen Grenzen mit der Zeit von selbst zur Bedeutungslosigkeit verurteilen.